Kommunaler Hochschul- und Studierendenbeirat der Landeshauptstadt Erfurt

Vorsitzende: Frau Donata Vogtschmidt, Universität Erfurt



Kontakt: peter.seyfarth@erfurt.de

Geschäftsstelle: Landeshauptstadt Erfurt Dezernat Sicherheit und Umwelt Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement Fischmarkt 11, 99084 Erfurt 0361 655-2321

Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)

Datum: 17.10.2019

Ort: Rathaus, Fischmarkt 22, Raum 243

Zeit: 16:30 – 18:05 Uhr Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung der Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss/Ergänzung der TO
- 2. Information zum Stand "Kulturticket Erfurt"
- 3. Protokollkontrolle und Bestätigung des Protokolls der Sitzungen vom 20.06.2019
- 4. Ausblick auf das kommende Semester
- 5. Bericht aus den Stadtratsfraktionen zu relevanten Themen und zukünftiger Zusammenarbeit
- 6. Motivation zum stellvertretenden Vorsitz/ Wahl eines/r Stellvertreters/-rin
- 7. Sonstiges

zu 1)

Nach der Begrüßung erfolgte auf Antrag von Herrn Möller eine kurze Vorstellungsrunde. Für die von ihm angefragte Erläuterung zu Aufgaben und Funktion des KHSBR und die Erwartungen an die Fraktionen wurde auf den Top 5. (Bericht aus den Stadtratsfraktionen zu relevanten Themen und zukünftiger Zusammenarbeit) orientiert.

Es wurde weiter informiert, dass das Gremium der Universität zukünftig nicht mehr durch den Präsidenten und den Kanzler, sondern in deren Auftrag durch Herrn Hellmann vertreten werden wird. Mit fünf anwesenden Mitgliedern mit beschließender Stimme war der Beirat beschlussfähig.

zu 2)

Vor den Erläuterungen zum Kulturticket wurde auf Beschluss die Protokollkontrolle vorgezogen. Das Protokoll vom 20.06.2019 wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen bestätigt.

Frau Vogtschmidt berichtete über den Stand des in auch in Erfahrt durch die StuRa geplanten Kulturtickets, über das Gespräch mit dem Beigeordneten Kultur und Umwelt, Herrn Dr. Knoblich und dem Kulturlotzen der Stadt, Herrn Schwerdt. Dabei wurde herausgestellt, dass die Stadt dem Vorhaben prinzipiell positiv gegenübersteht.

Es wurde weiter über den geplanten Termin mit den Kulturverantwortlichen in Jena gesprochen und an weiteren Beispielen aufgezeigt, wo ein Kulturticket bereits funktioniert.

In der weiteren Diskussion wurde auf die Fragen eingegangen, dass es allen Beteiligten (Studierende der Stadt mit Semesterticket) bewusst sein muss, dass das Kulturticket ein Solidarmodell ist, welches in einer Urabstimmung zu beschließen wäre.

Nachdem alle Vertreter der Fraktionen und der StuRa ein "Pro" für das Kulturticket geäußert hatten wurde festgestellt, dass unbedingt ein belastbares und konkret untersetztes Konzept stehen muss, bevor eine Urabstimmung durch die Studierenden vorbereitet wird und später dem Stadtrat zur Entscheidung zugeführt wird.

Vor einer Beschlussfassung im Stadtrat müssen die organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingen belegt werden, so dass der Stadtrat eine beschlussreife Vorlage erhält, die keine wesentlichen weiteren Diskussionen generiert.

In Bezug auf das anstehende Gespräch mit den Kulturverantwortlichen in Jena orientierte Herr Möller darauf, dass danach unbedingt der KHSBR oder die Fraktionen direkt informiert werden sollten.

Er regte weiter an, zum Thema die Beigeordneten (Anm. Protokoll: Beigeordnete Kultur und Stadtentwicklung sowie Finanzen und Wirtschaft) in den KHSBR einzuladen und mit ihnen das Thema Kulturti-

cket festzumachen und schlug weiter vor, nach Fertigstellung der Konzeption zum Kulturticket in den Kulturausschuss zu gehen.

zu 4) und 5)

Als Ausblick auf das kommende Semester und geplanten Aktivitäten wurde über die Anschaffung eines Lastenfahrrades in der FHE informiert, welches auch durch die Uni genutzt könnte.

Weitere Themen waren die Erweiterung die mögliche Erweiterung des Fahrradleihsystems der FHE, wobei dazu auf Fragen wie die Erweiterung des Fuhrparks, die angefragte Anerkennung des Leihsystem als Teil des ÖPNV mit den dort ggf. möglichen Förderungen und der Beschilderung der Standplätze des Leihsystems eingegangen, welche bislang nur über GPS einsehbar sind.

Angesprochen wurde, auch unter Bezug, dass dazu bereits mehrfach im KHSBR diskutiert wurde, das Thema Zweitwohnsteuer (ZWSst.) und Begrüßungsgeld.

Durch nahezu alle anwesenden Vertreter der StuRa wurde die Zweitwohnsteuer als für Studierende nicht hinzunehmende Belastung definiert, die ggf. sogar dazu führt, Erfurt nicht als Studienort zu wählen

Herr Degen verwies dabei auf eine dazu vor Jahren durch die StuRa initiierte Umfrage unter den Studierenden, wer überhaupt Zweitwohnsitzsteuer zahle. Zwar führte die Umfrage zu keinem Erfolg weil nicht zu ermitteln war, wer überhaupt eine Zweitwohnsitzsteuer zahle.

Dennoch stand die Meinung, dass die Zweitwohnsitzsteuer, vor allem vor dem Hintergrund, dass auch das früher einmal durch die Stadt gesponserte Begrüßungsgeld nicht mehr existent wäre, überfällig wäre.

Auf Nachfrage von Frau Vogtschmidt, ob bekannt wäre, wie hoch die Einnahmen durch die ZWSst. wäre – was aber durch niemand beantwortet werden konnte – führte Herr Möller aus, das die ZWSst. keine Steuer für Studierenden, sondern für alle Menschen gelte, die einen Zweitwohnsitz in Erfurt hätten.

Die Einnahmen aus der ZWSst. werden benötigt, um Infrastrukturmaßnahmen (Bahn; Radwege, Schulen, ÖPNV, etc.) im Rahmen des kommunalen Haushaltes zu sichern.

Es gehe auch nicht darum, bestimmte Grenzen der Bevölkerung (Großstadtstatus ab 200.000 EW) zu übersteigen, sondern da die Landeszuweisungen pro Kopf ausgelegt sind, um jeden EURO. Zwar ist die finanzielle Lage der Stadt in den letzten Jahren etwas besser geworden, dennoch wird angesichts der Schuldenlage jeder EUR gebraucht.

Im Rahmen der Diskussion wurde auch deutlich, dass sich viele Studierende gar nicht anmelden würden – was angesichts der polizeilichen Meldepflicht gemäß dem neuen Meldegesetz (gültig ab 1. November 2015) eine Ordnungswidrigkeit ist und mit Bußgeld belegt werden kann.

Herr Möller führte weiter aus, dass nach seiner Ansicht die ZWSst. nicht kippen wird, aber der in der Diskussion aufgebrachte Gedanke, eine Art Begrüßungsmodalität ähnlich dem vormaligen Begrüßungsgeld/Begrüßungspaket direkt für Studierende weiter zu verfolgen. Es sollte nicht vorrangig die negativ dotierte ZWSst. thematisiert sondern aufgezeigt werden, das Erfurt eine lebenswerte Stadt ist, die auch zum Bleiben aufruft.

Zur relevanten Themen und zur zukünftigen Zusammenarbeit, für Verfahren bei Abstimmungen und Stellungsnahmen, gegenseitigen Erwartungen Studierende und Fraktionen wurde, auch unter Bezug, die lt. Satzung § 6 Abs. 3 zwei Mal pro Semester anzuberaumenden Sitzungen zu erweitern wurde beschlossen, die Punkte in einer Klausurtagung zu diskutieren.

Als Termin dazu wurde der 5. Dezember 2019, 16 – 19 Uhr festgelegt. Es wurde weiter vereinbart, einen externen Moderator zu akquirieren. Der Verein "Arbeit und Leben Thüringen e.V." bietet solcherart Moderation, Frau Vogtschmidt nimmt den Kontakt auf.

zu6

Zur Wahl eines Stellvertreters gab es zwei Vorschläge. Nachdem Herr Degen, auch hinsichtlich der Parität der Hochschulen im Beirat, Herrn Jaedicke aus dem StuRa der FHE vorschlug und dieser vor dem Hintergrund seine bald endenden Studiums ablehnte wurde Herr Vincent Keller als einziger Kandidat aufgestellt. In der nachfolgenden geheimen Wahl wurde her Keller einstimmig zum Stellvertreter gewählt. Herr Keller nahm die Wahl an.

Die Vorsitzende beendet die Beratung um 18:05 Uhr.